Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und die Ausgabestellen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 85.

Anzeigenpreise: Die 5-spaltige Millimeterzeile für Inserate aus Auerbach und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamezeile 90 Pfennige, amtlicher Teil: Millimeterzeile 1 Reichsmark, amtliche Zeile 30 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 33 — Dienstag, den 9. Februar 1932 — 27. Jahrgang

Litauischer Staatsstreich in Memel

Gewaltpolitik im Memelgebiet

Der Putsch

Königsberg, 6. Februar. Die hier umlaufenden Gerüchte über einen großlitauischen Putsch im Memelgebiet bestätigen sich offenbar. Die „Königsberger Allgemeine Zeitung" meldet, daß der Gouverneur des Memelgebiets, Merkys, unter krasser Verletzung des Memelstatutes einen großlitauischen Landesrat gebildet hat, nachdem er das bisherige Direktorium abgesetzt hat. Ueber die Einzelheiten dieses „kalten Putsches" wird berichtet: Heute wurde der Präsident des Direktoriums, Böttcher, durch zwei litauische Offiziere in ein Automobil gebracht, das mit unbekanntem Ziel davonfuhr. Der Gouverneur Merkys war heute aus Kowno zurückgekommen. Er erschien im Landesdirektorium, nachdem er erklärt hatte, daß die von ihm ergriffenen Maßnahmen auf Veranlassung der Kownoer Zentralregierung durchgeführt werden. Auf dem Landesdirektorium verlangte er von einem der anwesenden Direktoren, dieser solle die Führung der Geschäfte übernehmen, was aber von dem betreffenden Direktor abgelehnt wurde. Daraufhin hat der Gouverneur einen großlitauischen Landesrat eingesetzt. Der Gouverneur hat die Amtsräume des Präsidenten Böttcher versiegeln lassen. Die Telphonverbindungen mit Landtag, Magistrat und Gericht sind gesperrt. Von Königsberg aus wurden die Telephone zum Generalkonsul in Memel und zur Landespolizei als gesperrt gemeldet. In Memel soll eine außerordentlich gespannte Atmosphäre herrschen. Nach den letzten Meldungen soll Präsident Böttcher in die litauische Kaserne geschafft worden sein.

Kowno, 6. Februar. Die offiziöse Litauische Telegraphenagentur bestätigt die Absetzung des Präsidenten des Landesdirektoriums Memel, Böttcher, und teilt mit, daß der Gouverneur des Memelgebietes, Merkys, den Geschäftsführer des Direktoriums, Tolikfis, mit der Erledigung der laufenden Angelegenheiten betraut hat. Auch die gewaltsame Entfernung Böttchers wird bestätigt.

Die Übergriffe in Memel

Berlin, 6. Februar. In Berliner politischen Kreisen haben die Vorgänge in Memel, die erst in den Nachmittagsstunden allmählich bekannt wurden, erhebliches Befremden ausgelöst. An sich und nach der Rechtslage ist Deutschland nicht autorisiert, wegen dieses Uebergriffes des litauischen Gouverneurs Merkys Maßnahmen zu ergreifen. Das ist vielmehr Sache der vier Signatarmächte der Memelkonvention. Diese Konvention, am 30. Juli 1924 abgeschlossen, besagt in Artikel 17, daß der Präsident vom Gouverneur ernannt wird und solange im Amt bleibt, als er das Vertrauen des Landtages besitzt. Dieses Vertrauen hat Präsident Böttcher im vollen Umfange besessen, was ihm noch unlängst durch ein mit Zweidrittelmehrheit erfolgtes Vertrauensvotum bestätigt worden ist. Es stellt also einen Bruch des Memelstatuts dar, wenn von litauischer Seite bezw. von dem Gouverneur Böttcher aus dem Amt entfernt wurde, obwohl weder ein Rechtsgrund noch ein stichhaltiger Vorwand dafür bestand. Die Unterzeichner der Konvention sind Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan. An diesen Mächten ist es deshalb, mit jeder denkbaren Beschleunigung ein Verfahren herbeizuführen, das den Rechtsbruch in Memel korrigiert und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zieht. Da das Ereignis auch in Genf größtes Befremden und eine ziemliche Erregung ausgelöst hat, darf erwartet werden, daß ein Eingreifen des Völkerbundsrates sofort herbeigeführt wird, wozu erforderlichenfalls eine besondere Völkerbundsratssitzung notwendig sein dürfte. Schon die Bemühungen, die Ereignisse zunächst dadurch der Außenwelt gegenüber geheimzuhalten, daß die telephonischen und die telegraphischen Verbindungen Memels mit den Plätzen jenseits der Grenze längere Zeit unterbrochen waren, deuten nicht auf ein starkes Rechtsbewußtsein der litauischen Machthaber hin, wenn auch nachträglich nachdem die Vorgänge bekannt geworden waren, in dem Kommuniquee ein lahmer Rechtfertigungsversuch für den Gewaltstreich versucht wurde.

Deutsche Zeitungen in Litauen verboten

Kowno, 7. Februar. Von den deutschen Zeitungen, die heute mit den ersten Meldungen über die Vorgänge im Memelgebiet in Litauen eintrafen, wurden die „Vossische Zeitung" und das „Berliner Tageblatt" beschlagnahmt. Man erwartet die Beschlagnahme weiterer Zeitungen. Wie verlautet, ist jedoch nicht an ein Verbot gedacht, sondern nur an eine Beschlagnahme der betreffenden Ausgaben.

Litauens unberechtigtes Vorgehen

Kowno, 7. Februar. Wie hier verlautet, soll das Vorgehen des Gouverneurs Merkys gegen Präsident Böttcher auch dadurch eine Unterstützung gefunden haben, daß die Ansichten nicht aller Signatarmächte der Memelautonomie in der Interpretation des Artikels 17 des Memelstatutes einheitlich seien. In der Stellungnahme des für Litauen freundlichen Standpunktes habe man litauischerseits geglaubt, eine Rückendeckung für die Maßnahmen gegen Böttcher zu haben. — Demgegenüber wird festgestellt, daß eine Gewaltanwendung in keinem Falle gutgeheißen werden sollte. Wenn Böttcher der Abberufung nicht Folge leistete und sich auf die Bestimmungen des Memeler Statuts berief, so habe es der litauischen Regierung freigestanden, die Entscheidung des Völkerbundsrates herbeizuführen. Nachdem Merkys sein Ziel vorläufig erreicht habe, sei die litauische Zentralregierung bestrebt, die Neubildung des Memeldirektoriums auf dem Wege der Legalität zu vollziehen.

Der Eindruck der Memeler Vorgänge in Genf

Genf, 6. Februar. Der Völkerbundsrat ist heute nachmittag zu einer öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Er hat zunächst das Gutachten des Haager Gerichtshofes in der Frage der Behandlung polnischer Staatsangehöriger auf Danziger Boden debattelos zur Kenntnis genommen und es dem Danziger Oberkommissar zur weiteren Behandlung überwiesen. Das Interesse an den Ratsverhandlungen trat vollständig in den Hintergrund, als sich in Ratskreisen plötzlich wie ein Lauffeuer das Gerücht verbreitete, daß das Memeldirektorium abgesetzt sei. Man wartet vorläufig die amtliche Bestätigung der Nachrichten, die einen geradezu niederschmetternden Eindruck gemacht haben, ab. Sollten sich die Gerüchte bestätigen, so unterliegt es keinem Zweifel, daß der Völkerbundsrat sehr schnell mit der Angelegenheit befaßt wird.

Eine deutschnationale Erklärung zu den Memeler Ereignissen

Berlin, 6. Februar. Die Deutschnationale Pressestelle verbreitet folgende Erklärung: Die deutschnationale Reichstagsfraktion nimmt mit Empörung und Schmerz von den Nachrichten über den litauischen Rechtsbruch im deutschen Memelland Kenntnis. Sie fordert von der Reichsregierung, daß sie die schärfsten Schritte zum Schutze des Deutschtums gegen die Rechtsbrecher unternimmt und sich nicht nur mit leeren Protesten beim Völkerbund begnügt.

Deutschland beantragt außerordentliche Ratssitzung

Genf, 7. Februar. Deutschland betrachtet, wie verlautet, die Verletzung des Memelstatuts als eine außerordentlich ernste Angelegenheit und wird die Behandlung durch eine sofort einzuberufende außerordentliche Sitzung des Völkerbundsrates beantragen. Die deutsche Delegation wird dem Generalsekretär des Völkerbundes sofort eine Note über die Memelfrage einreichen, die morgen veröffentlicht werden wird. In der Sitzung des Völkerbundsrates, die sich mit der Memelfrage zu befassen hat, wird Reichskanzler Dr. Brüning, wenn seine Reisedispositionen es gestatten, Deutschland vertreten.

Reichskanzler Dr. Brüning in Genf

Begeisterte Kundgebungen

Genf, 7. Februar. Reichskanzler Dr. Brüning ist heute nachmittag in Genf eingetroffen. In seiner Begleitung befanden sich der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow, Reichspressechef Ministerialdirektor Dr. Zechlin und Oberregierungsrat Dr. Planck von der Reichskanzlei. Beim Empfang hatte sich am Bahnhof die deutsche Delegation eingefunden, ferner der Untergeneralsekretär Dufour-Feronce, Generalkonsul Dr. Völkers und zahlreiche Pressevertreter. Die deutsche Kolonie war ebenso wie die deutsche Studentenschaft zahlreich vertreten. Eine zahlreiche Menschenmenge, darunter viele ausländische Journalisten, erwarteten mit gespanntem Interesse die Ankunft des deutschen Staatsmannes. Als Dr. Brüning den Zug verließ, brachte ihm die anwesende Menge begeisterte Kundgebungen dar, die sich bei seiner Anfahrt zum Hotel immer mehr verstärkten. Immer wieder wurden Rufe laut: „Hoch Brüning!" Der Reichskanzler konnte sich nur mit Mühe den Weg zum Kraftwagen bahnen, der ihn mit seiner Begleitung zum Hotel Metropol brachte. Unmittelbar nach der Ankunft des Reichskanzlers im Hotel begannen innerhalb der Delegation die Beratungen.

Die Abrüstungsrede des Reichskanzlers

Genf, 7. Februar. Der Aufenthalt des Reichskanzlers in Genf wird wie jetzt feststeht, bis Dienstag nachmittag dauern. Der Text seiner Rede kann naturgemäß erst nach dem Ergebnis der Erklärungen seiner Vorredner endgültig festgelegt werden. Wie verlautet, wird sie selbstverständlich das Abrüstungsproblem vom außenpolitischen Gesichtspunkt behandeln. Gegenüber einer gewissen Nervosität, die sich darin äußert, daß die deutsche Reichregierung mit ihren Vorschlägen gegenüber den französischen Vorschlägen zurückbleibt, ist hervorzuheben, daß selbstverständlich die deutsche Reichsregierung positive Vorschläge zum Abrüstuugsproblem bereit hat. Wann sie mit diesen an die Oeffentlichkeit tritt, muß sich ebenfalls noch im Laufe der Genfer Verhandlungen entscheiden.

Dr. Brüning bei Henderson

Genf, 7. Februar. Reichskanzler Dr. Brüning stattete gegen abend dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz einen Besuch ab. Zur gleichen Zeit hatte Staatssekretär von Bülow Unterredungen mit dem englischen und mit dem italienischen Außenminister.

Kühle Aufnahme des französischen Vorschlages in Amerika

Neuyork, 6. Februar. Die Blätter bringen den Vorschlag Frankreichs auf der Genfer Abrüstungskonferenz in großer Aufmachung, heben aber zugleich die kühle Aufnahme hervor, die der Vorschlag in Washington, namentlich in Senatskreisen, findet. Das Staatsdepartement lehnte eine Erklärung zu dem französischen Vorschlag mit dem Hinweis ab, daß die Verwendung von Heer und Flotte eine Angelegenheit des Kongresses sei.

Senator Borah gegen die französische Denkschrift

Washington, 6. Februar. Senator Borah lehnt die gestern veröffentlichte Denkschrift Tardieus über die Neuorganisierung der Welt ab und sieht darin den Versuch, Europa in eine Zwangsjacke zu stecken, um den Versailler Vertrag und die anderen Verträge gewaltsam aufrechtzuerhalten. Borah erklärt weiter, es sei erfreulich, daß ein solcher Vorschlag nicht die Unterstützung einer nennenswerten Zahl von Regierungen finden werde.

707000 Eintragungen für Hindenburg

Berlin, 6. Februar. 707 000 Personen haben sich, wie der Hindenburg-Ausschuß mitteilt, nach den bisherigen Feststellungen an den ersten vier Eintragungstagen für die Volkskandidatur Hindenburgs eingetragen.

Weitere Zustimmungserklärungen

Berlin, 6. Februar. Dem Hindenburg-Ausschuß sind in den letzten Tagen zahllose Zustimmungserklärungen aus allen Gegenden Deutschlands zugegangen. Eine große Anzahl von Trägern bedeutender Namen hat sich bereit erklärt, den Aufruf des Hindenburg-Ausschusses noch nachträglich zu unterzeichnen.

Von diesen werden heute folgende Namen bekanntgegeben: Dr. Adenauer, Oberbürgermeister von Köln, Geheim-